

lichkeit Begabte ein paar Verse von T. S. Eliot zitiert:
„... Doch vielleicht nicht Gewinn noch Verlust,
für uns gilt allein das Versuchen.

Der Rest ist nicht unser Geschäft.

Dieses bloße Versuchen ohne Glaube ist das schwere Schicksal aller, die sich nicht an Gott orientieren können. So hängt endlich auch die Lösung des „Problems der deutschen Jugend“ daran, ob diese Jugend an Gott glauben kann oder nicht.

Tagungen

Auf einer großen Delegiertenversammlung abgeordneter Frauen aus den Frauenausschüssen der Sowjetzone, die am 13. und 14. Juli in Berlin stattfand, wurde der *Zentrale Frauenausschuß für die Sowjetzone* gebildet. Ihm gehören je drei Vertreter der Parteien an. Erste Vorsitzende ist Magda Sendhoff, ihre Stellvertreterin Edith Hauser (beide SED.). Weiter gehören dem Frauenausschuß an Elli Schmidt, Käthe Kern, Toni Wohlgemut (alle SED.), Margarete Ehlert, Elvira Coler, Maria Pünder (alle Union), Helene Beer, Frau Barowski, Erika Fischer (alle LDP.). Von den parteilosen Frauen Christine Hoepfner, Frau Moslé und Frau Durandt. Zu der Tagung waren aus allen Ländern der Sowjetzone Frauen gekommen, um die Begrüßungsansprachen und Referate zu hören. Oberst Tulpanow überbrachte die Grüße der sowjetischen Militärverwaltung, Oberbürgermeister Dr. Werner die der Stadt Berlin. Vertreter der Parteien sprachen (hier gab u. a. Otto Grotewohl von der SED. bekannt, daß 120 000 Kriegsgefangene in den nächsten Wochen aus der UdSSR. heimkehren würden). Magda Sendhoff (SED.) legte einen Bericht über die soziale Arbeit der Frauenausschüsse ab und stellte als Forderung für die Zukunft die Verbreiterung der Arbeit in das Kulturelle hinein. Frau Dr. Fischer (LDP.) sprach fachmännisch und sachlich über die Aufgaben der Frau in der Volkswirtschaft, und Frau Dr. Benjamin (SED.) forderte in ihrem Referat „Die Frau im Rechtsleben“ die Aufhebung der Paragraphen im BGB., die noch nicht die volle Gleichberechtigung der Frau garantieren. Zugleich warb sie um Mitarbeit der Frau in der Justiz. Bisher sind im gesamten Justizwesen der Sowjetzone nur vier Prozent Frauen. Die neu eingerichteten sechsmonatlichen Volksrichterurse werden zum größten Teil Frauen ausbilden. Am Sonntag hielt Frau Dr. Maxsein (Union) ein wesentliches Referat über die kulturellen Aufgaben der Frauenausschüsse. Als praktische Anregung schlug sie die Gründung von Frauenheimen, in denen man lebendige Kultur pflegen könne, vor. Leider war die Diskussion, die sich anschloß, nicht sehr ergiebig. Die meisten Frauen erstatteten nur Berichte über ihre Arbeit. Die Frage, was mit den politisch belasteten Frauen geschehen soll, blieb unbeantwortet. Das Problem der Kriminalität der Jugendlichen und der ansteigenden Geschlechtskrankheiten wurde angeschnitten. Vertreter (meist KPD.) aus der westlichen Zone polemisierten gegen die dortigen Strömun-

gen und lobten die Arbeit in der Ostzone. Auf einen Angriff hin, der gegen die alte demokratische Frauenbewegung gerichtet war, sprach Frau Else Lüders kluge und gütige Worte. Eine Vertreterin der LDP. verteidigte den Begriff „bürgerlich“. Zwei Resolutionen über die Bestrafung der Kriegsverbrecher und die Arbeit der Frauenausschüsse wurden angenommen. Der Vorstand des Zentralen Frauenausschusses wurde ein wenig übereilt mit einer Anzahl Stimmenthaltungen gewählt.

Die *Soziale Woche an der Universität Freiburg in der Schweiz* wurde am 3. Mai eröffnet. Das Zentralthema der Tagung war die *soziale Sicherheit*. Besonders bedeutsam war am ersten Tage ein Vortrag des Nationalrates Dr. Wick aus Luzern über die Grundlagen der sozialen Sicherheit, in der er das Problem vor allem als ein Problem der Industriearbeiterschaft bezeichnete. Er setzte sich in diesem Vortrag auch mit der „Gesamtvölker-Generalversicherung“ des Beveridge-Plans auseinander, dessen Basis er als falsch bezeichnete, da die soziale Frage keine ausschließlich staatliche Angelegenheit sei und der Plan nach seiner Meinung eine reine Lokalthherapie bedeute. Das Problem der sozialen Sicherheit könne nur durch einen Neuaufbau der sozialen Volkswirtschaft, in dem die Vermassung und Verproletarisierung überwunden sei, gelöst werden. Am zweiten Tage wurde in verschiedenen Vorträgen die Herbeiführung der sozialen Sicherheit durch die Familie, die Unternehmungen, die Verbände und den Staat behandelt. Zu diesem letzteren Thema sprach Professor Bongras, Freiburg/Schweiz, der betonte, daß dem Staat allein die Lenkung der wirtschaftlichen Ordnung nicht anvertraut werden dürfe, sondern daß das Aufgabe eines Wirtschaftsrates sein müsse, der aus den Vertretern der Berufsgemeinschaften, der Konsumenten und anderer interessierter Institutionen gebildet werden müsse.

Am dritten Tage hörten die Teilnehmer der Woche zwei Vorträge des Bischofs Meile von St. Gallen und des Bischofs Charrière von Lausanne, Genf und Freiburg über „Die soziale Sicherheit und die Kirche“.

In Genf fand eine Sitzung des Ausschusses des Weltbundes der *Christlichen Vereine junger Männer* statt, an der von deutscher Seite der Reichswart des evangelischen Jugendwerkes D. Stange und D. G. Gedat teilnahmen. Auf dieser Tagung wurden u. a. auch wichtige Maßnahmen zur Hilfe für die deutsche evangelische Jugend beschlossen. Der Weltbund will sich für die Ausbildung eines hauptamtlichen Führungsstabes für die deutschen Vereine christlicher junger Männer annehmen, die aus einem Fonds finanziert wird, den Kriegsgefangene aus aller Welt sammeln und dem Weltbund als Dankesgabe zur Verfügung stellten. Weiter will der Weltbund für die Arbeit in den Notstandsgebieten des deutschen Ostens eine fortlaufende Hilfe gewähren. Auf der Insel Mainau im Bodensee, die der Besitzer der Insel, Prinz Lennart Bernadotte,

zur Verfügung gestellt hat, soll durch ein schwedisches Hilfswerk ein Heim für besonders bedürftige deutsche Jungen eingerichtet werden.

Vom 10. bis 15. Juli fand auf Schloß Bossey in der Nähe von Genf, dem Sitz des neuen ökumenischen Instituts, eine Arbeitstagung zur Ausarbeitung der Pläne für die 2. *Weltkonferenz der christlichen Jugend* statt. Diese soll vom 30. Juli bis 8. August 1947 in Oslo stattfinden und 1500 Führer der christlichen Jugendbewegung der Welt vereinigen. Das Motto der Tagung wird sein: „Jesus Christus ist Herr.“

In Brüssel hat ein internationales Treffen der *katholischen Studenten* stattgefunden, an dem Vertreter der französischen, schweizerischen, holländischen, polnischen und luxemburgischen Verbindungen teilgenommen haben. Der Vertreter des Generalsekretariats der Pax Romana hat einen Bericht über den „Katholischen Studentenverband Belgiens, seine Organisation und seine Ziele“ gehalten. Diese Ziele formuliert er in 3 Punkte:

1. In gemeinsamem Geist und gemeinsamer Arbeit die verschiedenen Bewegungen und Kreise, wie z. B. die Katholische Aktion, die Fakultäten, die „Route“ und die „Aucam“, zusammenzufassen.
2. Die Vertretung der Katholiken in den neutralen Organisationen, wie z. B. dem FEB. (belgischer Studentenbund) durchzusetzen und durch ihre Gegenwart die antikatholische Struktur ihrer Verwaltungskörper zu verhindern.
3. Durch die internationalen Verbindungen die Entwicklung des internationalen christlichen Geistes, Einigkeit im Gebet, in der Arbeit und in der Bildung zu fördern.

Am 28. Mai 1946 trat in Paris der Vorstand des Päpstlichen *Kindheit-Jesu-Werkes* zum ersten Male nach dem Kriege wieder zusammen. Wegen der großen Verkehrsschwierigkeiten waren bei dieser Sitzung außer den französischen Mitgliedern nur noch die Vereinigten Staaten und Belgien vertreten. Der Tätigkeitsbericht des Kindheit-Jesu-Werks spricht von den ungeheuer gestiegenen Bedürfnissen der Mission infolge der Zerstörungen, die der Krieg angerichtet hat, und der Erhöhung der Lebenskosten überall auf der Welt. Der Vorstand des Werkes beschloß, den Betrag aller Zuschüsse, die er leistet, zu verdoppeln und den am schwersten mitgenommenen Missionen außerdem noch besondere Zuschüsse zu bewilligen. Diese Maßnahme kann vorgenommen werden, weil die Einnahmen des Werkes sich in der erfreulichsten Weise gesteigert haben und im Jahre 1945 182 300 000 Frs betragen. An der Spitze der Geber stehen die Vereinigten Staaten mit 91 Millionen, auf die Kanada und Frankreich mit 23 bzw. 22 Millionen folgen.

Am 2. und 3. August trat in Horsham in der Nähe von London der *Verwaltungsausschuß des Ökumenischen Rates* unter dem Vorsitz des französischen protestantischen Pastors Marc Boegner zusammen. Auf dieser Zusammenkunft wurde beschlossen, daß der vorläufige

Ausschuß des Ökumenischen Kirchenrates, der bekanntlich im Februar d. J. zum ersten Male nach dem Weltkrieg wieder zu einer Plenarversammlung in Genf zusammengekommen war, vom 22.–25. April 1947 eine zweite Versammlung in den Vereinigten Staaten abhalten soll und daß die Versammlung, die den Ökumenischen Kirchenrat seine endgültige Verfassung geben soll, Ende August 1948 in Holland stattfinden wird.

Auf viele Berichte über die zunehmende Verschlechterung der moralischen Situation der *Kriegsgefangenen* hat das Komitee die folgende Resolution angenommen, die dem französischen Ministerpräsidenten, dem amerikanischen Präsidenten und dem englischen Premierminister unterbreitet worden ist:

„Der Verwaltungsausschuß des Ökumenischen Kirchenrates möchte die Aufmerksamkeit der beteiligten Regierungen auf die ernste Sorge lenken, die den Kirchen Europas und Amerikas die Tatsache bereitet, daß die Dauer der Gefangenschaft der Kriegsgefangenen noch immer nicht entschieden ist. Er freut sich, die Bemühungen anerkennen zu können, die gemacht worden sind, um den Kriegsgefangenen eine erträgliche Behandlung zu sichern. Aber er hat gleichzeitig die Verpflichtung, nachdrücklich auf das Absinken der Moral und die immer mehr zunehmende Unfruchtbarkeit aller Versuche der Umerziehung hinzuweisen, die auf die vollkommene Ungewißheit zurückzuführen sind, in der sich die Gefangenen auch weiterhin über die Dauer ihrer Gefangenschaft und das Los ihrer Familien befinden. Der Ausschuß richtet einen dringlichen Appell an die Regierungen der Vereinten Nationen, die noch Männer und Frauen der ehemaligen feindlichen Nationen als Kriegsgefangene in ihrer Gewalt haben, ihre Befreiung zu beschleunigen und sobald wie möglich einen Heimführungsplan aufzustellen und bekanntzugeben, der genaue Angaben über das ungefähre Datum, zu dem die verschiedenen Kategorien der Gefangenen in ihre Heimat geschickt werden können, angibt. Der Ausschuß schlägt vor, daß an die Bewohner der ehemaligen Feindesländer, sowie an die Kriegsgefangenen ein Aufruf gerichtet wird, sich gegen Zusicherung befriedigender Arbeitsbedingungen und eines gerechten Lohnes als Arbeiter in die Länder zu verpflichten, die Arbeitskräfte zum Wiederaufbau nötig haben.“

In einer zweiten Entschließung verlangt der Verwaltungsausschuß von den Nationen einen Beitrag zu einer radikalen und großmütigen Lösung der Fragen der Flüchtlinge und Heimatlosen. Das einzige Mittel, dem gegenwärtigen Elend der Flüchtlinge abzuhelpen, sei die Ausarbeitung umfassender Auswanderungspläne. Insbesondere dürfe ein wirklicher Flüchtling nicht gezwungen werden, wider seinen Willen in sein Heimatland zurückzukehren.

Die diesjährige Tagung der französischen *Semaines Sociales*, die vom 29. Juli bis 3. August in Straßburg stattfand, hatte sich *das Problem der nationalen Gemeinschaft* zum Thema gestellt. Der Präsident der

Generalkommission der Semaines Sociales, Prof. Charles Flory, begründete in seinem Einleitungsvortrag die Vordringlichkeit dieses Themas und gab einen groß angelegten Aufriß der Problemlage. Er ging dabei aus von der Tiefenwirkung, die der Gedanke der Gemeinschaft in den letzten 30 Jahren ausgeübt habe. Er analysierte zunächst die Entwicklung in Deutschland, wo die Unterscheidung zwischen Gemeinschaft und Gesellschaft, die Ferdinand Toennies zuerst in die Soziologie eingeführt hatte, nach 1918 zu einem Hauptthema der ganzen Soziologie wurde und wo „der Geist der Gemeinschaft“ zum Symbol des Widerstandes gegen die Weimarer Republik wurde. Die Mystik der Gemeinschaft verschmolz mit den Hitlerischen Mythen und beeinflusste die ganze Innen- und Außenpolitik des Dritten Reiches.

Auch in Frankreich manifestierte sich die Reaktion gegen den liberalen Individualismus und Kapitalismus zwischen 1930 und 1940 in einer Blüte der Gemeinschaftsmystik, von der die Arbeiten von Mounier und François Perroux zeugen. Die schnelle Niederlage der französischen Waffen 1940 schien den Zerfall der französischen Gemeinschaft zu beweisen, so daß in der Politik von Vichy und in den sie tragenden Bewegungen Wort und Begriff der Gemeinschaft nun eine große Rolle spielen konnten. Die Entstellungen des Gemeinschaftsgedankens im Nationalsozialismus und in den von ihm abhängigen Bewegungen einerseits und die Notwendigkeit, vor die sich das heutige Frankreich gestellt sieht, die durch ein Jahrhundert des Individualismus auseinandergefallene französische Gemeinschaft wieder aufzubauen, andererseits haben die Leitung der Semaines Sociales bewogen, sich mit dem Begriff der Gemeinschaft zu befassen, um die Irrwege aufzuhellen, denen das Gemeinschaftsdenken verfallen war und sein Wesen und seinen Umfang zu klären.

Auch Flory erkannte an, daß es zwei Arten von sozialen Bindungen gibt, die Bindungen der Gemeinschaft und die Bindungen der Gesellschaft. Jede Gemeinschaft drängt dazu, sich eine gesellschaftliche Struktur zu geben und jede Gesellschaft führt dazu, eine neue Lebensatmosphäre zu schaffen. Jeder Zusammenschluß von Menschen hat einen Gemeinschafts- und einen Gesellschaftsaspect, die sich keineswegs widerstreiten. Die Nation ist wesentlich eine Gemeinschaft. Unter den Faktoren, die eine Nationale Gemeinschaft bilden, spielen der Boden, die Rasse, die Sprache, die Geschichte eine große Rolle. Aber keiner von ihnen ist wichtiger als der Wille zum Zusammenleben, der aus den anderen Faktoren entsteht. Das Vaterland schließt all diese Elemente, in dem es sie zu Idealen erhebt, zusammen. Neben diese Faktoren tritt jedoch dann der Einfluß der politischen, rechtlichen und wirtschaftlichen Organisation, die der Staat darstellt, der der Gesellschaftsaspect des sozialen Daseins ist. Es ist nicht möglich, zwischen diesen beiden Aspekten eine hierarchische Ordnung herzustellen. Jeder ist für den anderen wesentlich und notwendig.

Ist es einmal notwendig, die nationale Gemeinschaft in

ihrem Verhältnis zur politischen Gesellschaft zu definieren, so muß sie zweitens auch in ihrem Verhältnis zu den anderen Gemeinschaften, die sie umschließt, oder in die sie sich einordnet, abgegrenzt werden. Sie ist zunächst schicksalhaft geöffnet auf jene allumfassende Gemeinschaft, die die Menschheit ist, braucht aber auch den lebendigen Zusammenhang mit den Gruppen völkischer oder kontinentaler Nachbarschaft und vor allem mit den über sie hinausgreifenden geistigen Gemeinschaften, um nicht in der Enge ihrer Besonderheit stecken zu bleiben. Sie umschließt andererseits eine Vielzahl von engeren Gemeinschaften mit den allerverschiedensten Zielen, die sich gegenseitig überschneiden. Selbst bei einer Gleichheit des Zieles herrscht in diesen engeren Gemeinschaften häufig eine Verschiedenheit der Lebensauffassung. Diese bereichernde Verschiedenheit muß geachtet werden, aber die nationalen Werte dürfen nicht in ihr untergehen. Das schließt jeden Geist von Intoleranz und politischer Enge aus. Die Versuchung, diejenigen aus der nationalen Gemeinschaft auszuschließen, die sich der herrschenden Ideologie nicht fügen, oder sie durch eine Propaganda zu gewinnen, die die Gewissen vergewaltigt, ist immer und besonders heute sehr groß. Noch immer sind viele Überbleibsel des Totalitarismus vorhanden, die ausgemerzt werden müssen. Aus all dem ergibt sich die Notwendigkeit, die politische Gesellschaft so aufzubauen, daß die Zwischengemeinschaften geachtet und in ihrem Leben sogar gestärkt werden. Vor allem gilt dies für die Familie, die ihre moralische Persönlichkeit und ihre ausschlaggebende Rolle wiedergewinnen muß. Eine organische Auffassung vom Gesellschaftsleben schließt jede etatistische Lösung der Fragen der Gemeinschaft aus und versucht sie auf pluralistischer Grundlage zu lösen.

An diesen einleitenden Vortrag schloß sich als erste eine Gruppe von Vorträgen an, die der Darstellung der realen Tatbestände dienten, von denen der Vortrag von Prof. Joseph Hours über den gegenwärtigen Zustand der französischen Gemeinschaft besonders interessant war. Er beleuchtete noch einmal den furchtbaren Eingriff, den die Geschehnisse der letzten sechs Jahre für Frankreich bedeuten. Dieses reiche Land ist ein armes Land geworden, und die sozialen Probleme Frankreichs sind heute von dieser Armut bestimmt — eine völlig neue Situation. Die Gemeinschaft Frankreich, das bedeutet heute: zerstörte Gebäude, verminte Anbauflächen, unbenutzbare Häfen, abgenutzte Maschinen, aufgebrauchte Vorräte, Inflation. Das bedeutet: viel zu wenig Menschen, fehlende Jugend, schlechter Gesundheitszustand. Wie überall in der Welt, so hat die Not im Verein mit den ungeordneten Zuständen der letzten Jahre auch in Frankreich die Moral erschreckend herabgesetzt. Auch Frankreich leidet immer noch unter den unbewältigten Problemen der Flüchtlinge, Exilierten, Deportierten, Gefangenen, die heimgekehrt sind. Die Widerstandsbewegung hat die Menschen an ein illegales Leben, falsche Papiere, Mißachtung der Gesetze, die Not hat sie an den schwarzen

Markt gewöhnt. Hinter all diesen Tatsachen sah der Vortragende für Frankreich die geistige Gefahr, den Folgen eines schrankenlosen Individualismus zu erliegen, in dem sich der einzelne vollkommen isoliert fühlt. Es gelte also, den Sinn für die Gemeinschaft wiederzufinden. In dieser Situation habe sich nun eine Spaltung der Geister vollzogen in eine Partei, die die individuelle Kultur erhalten wolle, und eine andere Partei, die eine Gesellschaftsordnung aus der Gemeinschaft schaffen wolle. Die Aufgabe der Stunde sei es, diese beiden Bestrebungen miteinander zu versöhnen aus den Quellen des ewigen Lebens heraus.

Eine zweite Gruppe von Vorträgen behandelte die grundsätzlichen Fragen: „Die persönliche Freiheit“ und „Die Einheit der nationalen Gemeinschaft“, „Der Staat und die nationale Gemeinschaft“, „Die nationale Gemeinschaft und die Gemeinschaft der Menschheit“, „Die nationale Gemeinschaft und die geistigen Gemeinschaften“.

Die dritte Gruppe von Vorträgen behandelte dann Einzelfragen: z. B. das Leben der Provinzen und der Dorf- und Stadtgemeinschaften innerhalb der nationalen Gemeinschaft, die Fragen der Schule innerhalb der nationalen Gemeinschaft, das Verhältnis der Jugend und das Verhältnis der proletarischen Massen zur nationalen Gemeinschaft, das Verhältnis von Stadt und Land und das Verhältnis des französischen Volkes zu seinem Empire, die Rolle Frankreichs in der Weltwirtschaft usw.

Wir werden im nächsten Hefte der „Herder-Korrespondenz“ die Schlußfolgerungen, die die Tagung aus dem ihr vorgelegten Material gezogen hat, veröffentlichen.

Ein Berichterstatter der französischen Wochenschrift „Témoignage Chrétien“ schließt seinen Bericht mit einer interessanten Bemerkung über den Geist und die allgemeine Stimmung, die er bei den Teilnehmern der Tagung festgestellt hat. „Es ist eindrucksvoll“, schreibt er, „außerhalb der lehrreichen Vorträge bei Gelegenheit der zahlreichen Zusammenkünfte und persönlichen Fühlungen zu beobachten, wie das allgemeine Interesse der Tagungsteilnehmer sich auf einige konkrete Verwirklichungen konzentriert. Die Gemeinschaft Barbu erregt die Leidenschaften, wobei glühende Zustimmung den Sieg davonträgt. Und nichts zieht aufmerksamere Sympathien auf sich als die MPF. (die Bewegung der christlichen Arbeiterfamilien in der Katholischen Aktion). Darin zeigt sich, wie sehr die Tatsache der zahlenmäßigen Bedeutung der Arbeiterklasse und alles, was dieser helfen kann, heute an der Tagesordnung ist. In Straßburg dürstet die soziale Elite vor allem nach Zeugnis, nach konkreter Hingabe, mehr noch als nach abstrakten Wahrheiten.“

An dem Kongreß, den die „Union des Oeuvres“ unter der Leitung des Abbé Courtois vom 23. bis 27. April ds. Js. in Besançon zum ersten Male seit 1940 einberufen hatte, nahmen ungefähr 1000 Priester, zahlreiche Laien und etwa 250 bis 300 Ordensleute teil. Im gan-

zen waren rund 1800 Menschen versammelt, darunter Erzbischof Dubourg von Besançon und zehn weitere Erzbischöfe und Bischöfe und, als besonders markante Persönlichkeiten, Abbé Michonneau vom „Petit-Colombes“ in der Bannmeile von Paris, Führer einer Gruppe von „missionierenden“ Christen in einer kommunistischen Umgebung, und P. Loew O.P. aus Marseille, der lange als Hafendarbeiter unter den Arbeitern in den Docks gelebt und eine Studie über die Lebensverhältnisse der Marseiller Hafendarbeiter verfaßt hat, die als vorbildlich für solche, die Situation bestimmter Menschenschichten aufhellende Analysen bezeichnet wird, von denen eine fruchtbare politische, soziale und seelsorgerische Arbeit unter ihnen ausgehen muß. Die Zusammensetzung dieser Versammlung, insbesondere die starke Vertretung des Laienelements, bezeugte deutlich den Wandel, den *das Leben der Pfarre* erfahren hat: sie ist längst nicht mehr allein Sache der Geistlichen. Die Pfarre ist wesentlich eine Gemeinschaft.

Die heutige Lage der französischen Pfarre ist die: sie existiert inmitten einer oft völlig ungläubig gewordenen Masse. Die Masse des französischen Volkes kommt nicht mehr zur Kirche, und oft kann man sich fragen, ob es überhaupt noch eine betende Gemeinschaft, also eine Pfarre gebe. Die Hochämter sind meist vollständig leer, und eine einsame Schola singt ohne Zuhörer, oder die wenigen Anwesenden beten für sich den Rosenkranz. Solche Messen sind keine Pfarrmessen mehr, sie haben nichts mehr an sich vom Beten einer Gemeinschaft.

Zwei Probleme stehen an erster Stelle: Wie kann man den Gläubigen das Gefühl einer Gemeinschaft geben? Und: wie kann sich die Gemeinschaft der Gläubigen in die sie umgebende Welt stellen, von der sie sich auf keinen Fall abschließen darf?

Für den Geistlichen handelt es sich also darum, daß es ihm nicht genügen darf, den Gottesdienst zu leiten oder auch einige wenige Schäflein zu sammeln, sondern er muß Christus allen bringen. Und für den Gläubigen darum, daß er mitverantwortlich ist für die Evangelisation seiner Umwelt, der er durch seine Arbeit näher steht als der Priester, an deren Lebensverhältnissen (Ernährung, Wohnung, Lohn usw.) er teilhat.

Ein sehr schwieriges Problem kam auf der Tagung mehrere Male zur Sprache, nämlich das der „Halbgläubigen“, der Getauften, die aber der Kirche teilnahmslos gegenüberstehen, die vielleicht in die letzte Sonntagsmesse gehen, aber sonst nicht praktizieren. Sie sind keineswegs immer religiösen Einflüssen unzugänglich, und viele Geistliche meinen, man könnte größeren Einfluß auf sie gewinnen, wenn man sie wie Katechumenen behandeln könnte. Dann könnte man für sie Zusammenkünfte organisieren, wo Lesungen mit Evangelieninterpretationen, Gesang und Gebet abwechselten, wodurch man sie allmählich dem vollen christlichen Leben zuführen könnte. Dagegen wird eingewendet, daß die meisten dieser Leute getauft sind und daher

die Pflicht des sonntäglichen Meßbesuches hätten, daß man sie doch nicht, wie die echten Katechumenen, beim heiligen Opfer vor die Tür schicken könne, bis sie es wieder mitzuvollziehen imstande sind.

Auch die Probleme der Liturgie spielen bei der Rückgewinnung der „Halbgläubigen“ eine Rolle. Die Frage der lateinischen Sprache tauchte mehrere Male auf, und Kardinal Saliège drückte, wie schon bei anderen Gelegenheiten, die Hoffnung aus, Rom möge eine Liturgie in der Volkssprache erlauben. Natürlich liegt der tiefere Grund des Unvermögens vieler Halb- und auch wirklich Gläubiger, die Liturgie mitzuvollziehen, nicht in der Sprache, sondern im Mangel einer christlichen Durchbildung und völligen Bewußtheit. Abbé Michonneau z. B. läßt die Kinder, die zur ersten heiligen Kommunion vorbereitet werden, in Gruppen von acht bis zehn Kindern zusammenschließen, die als solche später zusammenbleiben und von einem Jugendlichen aus der Katholischen Aktion geführt werden. Sie werden nicht genötigt, an religiösen Übungen teilzunehmen, zu denen ihr Milieu sie nicht gelangen läßt, sondern durch christlichen Geist allmählich zum Verständnis des christlichen Lebens vorbereitet, bis sie reif sind, selber danach zu verlangen.

Ein Eindruck, dem man sich auf dieser Tagung nicht verschließen konnte, war der, daß noch viel zu viele Geistliche meinen, sie könnten solchen Schwierigkeiten mit irgendwelchen alten Rezepten beikommen. Positiv läßt sich allerdings auch von diesen Geistlichen sagen, daß sie von Eifer um ihre Sache erfüllt sind.

Vom 13.—16. Juni 1946 fand in Paris noch siebenjähriger Unterbrechung zum ersten Male wieder eine *Tagung des Verbandes christlicher Publizisten* (Corporation des Publicistes Chrétiens) statt, wie sie früher unter der Bezeichnung „Journées Catholiques“ alljährlich veranstaltet wurde. Sie gab den bedeutendsten Schriftstellern und Gelehrten Frankreichs Gelegenheit, sich zu den Fragen unserer Zeit zu äußern.

Der Verband christlicher Publizisten besteht aus zwei Berufsgenossenschaften, nämlich der der Journalisten und der der Schriftsteller. Vor 60 Jahren gegründet, war die Vereinigung der Wegbereiter der französischen christlichen Berufsorganisationen.

Der erste Tag der Tagung, die im „Institut Catholique“ stattfand, stand unter dem Thema: „Das katholische Denken und die Kulturkrise“. In einer Reihe tieferschürfender Vorträge wurde die Stellung des katholischen Denkens gegenüber den beiden nichtchristlichen Strömungen, die man als charakteristisch für das Denken unserer Zeit ansah, nämlich dem marxistischen Materialismus und dem Existentialismus, umrissen. Es wurde die Forderung erhoben, den großen Einfluß, den das deutsche, weder dem französischen Temperament noch der französischen Kultur gemäße philosophische Denken — Kant, Marx, Jaspers und Heidegger — im gegenwärtigen Frankreich ausübt, zu überwinden. Es wurde aber auch betont, daß auch die geistreichsten Widerlegungen des Marxismus keine Bekehrung zu

vollbringen vermöchten, wenn die Christen nicht durch mutiges, ja selbst heroisches Wirken tatkräftig ankämpften gegen die soziale Ungerechtigkeit.

Die Referate des zweiten Tages sollten untersuchen, welchen Einfluß der Katholizismus in den einzelnen Bereichen der geistigen Welt ausübt. Es wurde festgestellt, daß katholische Leistungen sich seit einem halben Jahrhundert zwar in der literarischen Welt durchgesetzt hätten, daß aber in der Welt der Wissenschaft und der Kunst die Lage erheblich ungünstiger und daß vor allen Dingen die Anzahl der Katholiken, die sich den Naturwissenschaften zuwenden, sehr klein sei. Es wurde auch bedauert, daß die künstlerische Kultur so vieler katholischer Kreise auf einem erschreckend niedrigen Niveau stände, und daß die größten künstlerischen Talente dort keine Heimat fänden.

Der dritte Tag war dem Thema „Die Kirche und die Welt unserer Zeit“ gewidmet. Eine Reihe von Vorträgen gaben sehr eingehende Analysen der Stellung des Katholizismus in der Welt des Arbeiters, des Bauern, der Seeleute usw.

Bei der abschließenden Festsitzung am Sonntag nachmittag, bei der u. a. auch Etienne Gilson sprach, wurden zwei von dem Grafen Robert d'Harcourt überbrachte Botschaften deutscher katholischer Schriftsteller an die Tagung verlesen, in denen zum Ausdruck gebracht wurde, daß der Katholizismus das einzige Band sei, das im Augenblick Deutschland mit der geistigen Welt organisch verbinde, und daß diese Verbindung den Katholiken Deutschlands helfe und Mut gebe, ihren Beitrag zur Erneuerung des deutschen Geistes und zum Wiederaufbau Deutschlands zu leisten.

Die Katholische ländliche Familienbewegung, eine Organisation der französischen Katholischen Aktion, hielt im Juni eine außerordentlich interessante Tagung, die, um den Teilnehmern, die sich rein aus bäuerlichen Kreisen rekrutieren, die Teilnahme zu erleichtern, an drei verschiedenen Orten Frankreichs, aber mit denselben Themen und z. T. auch mit denselben Rednern stattfand.

Das Generalthema der Tagung war folgende Frage: Sind für die *moderne Entwicklung der bäuerlichen Welt* allein wirtschaftliche Gesichtspunkte maßgebend, die unausbleiblich entweder zum Kollektivismus oder zur Verstaatlichung führen, oder ist es auch möglich, diese bäuerliche Welt auf der Basis der Familie, genossenschaftlicher Formen, eines christlichen Geistes, ganz allgemein gesprochen, dem Gedanken einer würdigen menschlichen Existenz neu aufzubauen? Daß auch der Bauer, wenn er überleben will, seine Methoden ändern muß, ist klar. Er muß seine auf dem Prinzip der Familienarbeit aufgebaute Wirtschaftsweise den Möglichkeiten und Bedürfnissen der modernen Welt anpassen. Aber es gilt, diejenigen neuen Formen des bäuerlichen Lebens zu finden, die gleichzeitig die ökonomischen Forderungen befriedigen und die Rechte der menschlichen Person und der Familie schützen.

In den Reden und Diskussionen wurden zu diesen Fragen einige interessante Beiträge geliefert. Einer der Vorträge befaßte sich mit der Stellung der Landwirtschaft in der Gesamtwirtschaft und zeigte, daß die bäuerliche Welt sich nicht aus der allgemeinen Entwicklung herauslösen könne, sondern ihre wirtschaftliche Organisation der der Industrie und des Handels anpassen müsse. Ein anderer Vortrag behandelte die Probleme, die mit der zwangsläufigen Maschinisierung und Mechanisierung der Landwirtschaft zusammenhängen, und forderte, daß die Mechanisierung dazu dienen müsse, den Menschen von dem Übermaß der schweren Arbeit zu befreien, um Raum für seine Bildung und Weiterentwicklung zu schaffen. Die Mechanisierung dürfe aber nicht dazu führen, Sozialformen zu entwickeln, die die menschliche Person nur wieder in eine neue Knechtschaft führen. Man müsse bei aller Betonung der Notwendigkeit genossenschaftlicher Organisationsformen gleichzeitig auch die möglichen Gefahren des Kooperativsystems im Auge behalten. Besonders interessant war der Vortrag eines bedeutenden Fachmanns, der zeigte, wie eine Wirtschaftsform denkbar ist, in der sich der Gedanke der Familienwirtschaft, d. h. eines Besitzes, der bequem von einer normalen Familie bewirtschaftet werden kann und zu ihrem Unterhalt ausreicht, zwanglos in ein größeres System einer kollektiven Wirtschaft einordnen läßt, die vor allen Dingen die heute unerläßliche technische und fachliche Planung und Kontrolle zu übernehmen hat.

Am 9. und 10. Juni fand in Paris der erste nationale Kongreß der Organisation der Jugend des bürgerlichen Mittelstandes in der französischen Katholischen Aktion (*Jeunesse indépendante chrétienne, J. I. C.*) statt. Bei der Diskussion über die Aufgabe der J. I. C. innerhalb der Katholischen Aktion kam es zu bemerkenswerten Auseinandersetzungen über den *Begriff und das Wesen der Elite*. Die Führer der J. I. C. waren der Ansicht, daß der Begriff der führenden Schicht, als die sich das Bürgertum bisher fühlte, in Zukunft keine Bedeutung mehr haben dürfe. Vielmehr müsse jede soziale Schicht ihre eigene Führerschaft und Elite entwickeln. Das Bürgertum und der Mittelstand sind innerhalb der Katholischen Aktion ein „Milieu“ neben anderen, das wieder zu verchristlichen die Aufgabe der J. I. C. sei. Dafür müsse sie aus sich eine Elite und eine Führungsschicht entwickeln, die mit den Führern und der Elite der anderen „Milieus“, also der Arbeiterschaft, der Bauern usw., zusammen an der gemeinsamen großen Aufgabe der Katholischen Aktion, nämlich der Wiederaufrichtung einer christlichen Gesellschaftsordnung, arbeiten. Die bürgerliche Schicht müsse sich frei machen von dem Gefühl, daß sie an sich sozial überlegen sei, ebenso wie sich die Arbeiterschaft von einem gewissen Minderwertigkeitskomplex, die bäuerliche Schicht von dem Gefühl des Zurückgebliebenseins freimachen müssen.

Die Landgeistlichen der Landschaft Puy-de-Dôme mußten sich auf einer Zusammenkunft im Juni dieses Jah-

res eingestehen, daß die *Entchristlichung der Landbevölkerung* immer noch zunimmt. Es ist daher nötiger denn je, planmäßig zusammenzuarbeiten und die geistlichen Kräfte der Priester mit allen Mitteln zu wecken und wachzuhalten. Das Christentum muß von Priestern ausstrahlen, die von Gott erfüllt sind, die aus der Meditation heraus leben, die wirkliche Gottesmänner sind, so wurde gesagt. Auch auf dieser Tagung wurde wieder als größte Hilfe für den Priester bei seiner schweren Aufgabe der Rechristianisierung des Landes das Gemeinschaftsleben angesehen, der Zusammenschluß der einzelnen Landgeistlichen zu Gruppen zum gemeinsamen Gebet, zum gemeinsamen Studium sozialer, dogmatischer und liturgischer Probleme, zum gemeinsamen Handeln in einem bestimmten Wirkungsumkreis. Über die Bildung solcher Gruppen wurde eine Entschließung gefaßt, die Bischof Piguet in vollem Umfang billigte, der diese Bewegung nach Kräften fördert.

Anfang Juli kamen in Versailles mehr als 150 Diözesanseelsorger aus den verschiedenen Zweigen der ländlichen Katholischen Aktion ganz Frankreichs zusammen, die vor allem auch die Probleme ins Auge faßten, die sich aus der fortschreitenden Technisierung und Maschinisierung des ländlichen, bäuerlichen Lebens ergeben. Einer der Vorträge behandelte die „Menschlichen Fragen, die die technische Entwicklung des Landbaus mit sich gebracht hat“, ein anderer die „Maschinisierung und ihre Folgen“ – vor allem: Was kann durch die Einführung von Maschinen für die materielle Lage der Frauen gewonnen werden, zumal um sie für ihre erzieherischen Aufgaben zu befreien? Eine weitere Frage war die sich aus der Maschinisierung ergebende Notwendigkeit der Kooperation, der Zusammenarbeit. Die Landgeistlichen, die an dieser Tagung teilnahmen, konnten sich also in Probleme vertiefen, die für ihre Pfarrkinder die wichtigsten sind und in denen sie ihnen so raten können müssen, daß ihr christliches Leben dadurch an Entfaltungsmöglichkeiten gewinnt.

Aus Anlaß des 25jährigen Bestehens des *Internationalen christlichen Gewerkschaftsbundes*, der im Jahre 1920 im Haag durch den Zusammenschluß von elf christlichen Gewerkschaften aus zehn Ländern gegründet worden ist, fand im Juni 1946 in Amsterdam die erste internationale Tagung der christlichen Gewerkschaften statt, der mehrere hundert Delegierte aus Holland, Frankreich, Belgien, der Schweiz, Luxemburg, Österreich, Polen und dem Baskenlande beiwohnten. Die Leitung der Tagung lag in den Händen des Präsidenten des Internationalen christlichen Gewerkschaftsbundes und der belgischen christlichen Gewerkschaften Mr. Henri Pauwels.

In seiner Begrüßungsansprache schnitt Mr. Pauwels schon eines der Hauptthemen der Beratungen der Tagung an, nämlich die Frage der *gewerkschaftlichen Freiheit*, die er eine der charakteristischen Formen der menschlichen Freiheit überhaupt nannte. Die Gewerkschaften, so sagte er, haben die Aufgabe, unermüdlich

an der Wiederherstellung einer wirtschaftlichen, beruflichen und gesellschaftlichen Ordnung zu arbeiten, die den Forderungen des Sittengesetzes gemäß ist, die geistige, wirtschaftliche und materielle Befreiung des Arbeiters sichert und die Welt auf dem Wege der Eintracht zum Frieden führt.

Im Mittelpunkt der Tagung stand ein umfassender Lagebericht, den der Generalsekretär des internationalen christlichen Gewerkschaftsbundes, Herr Serrarens ablegte, der dieses Amt seit Gründung des Bundes innehat, und für den das Jubiläum des Gewerkschaftsbundes also auch ein persönliches Jubiläum war. Nach einem geschichtlichen Überblick über die bisherige Arbeit des Bundes und vor allem über die Kämpfe und Verfolgungen der christlichen Gewerkschaften in den vom Nationalsozialismus besetzten Ländern, stellte Herr Serrarens als bleibenden Grundsatz aller Gewerkschaftsarbeit die Verwirklichung der christlichen Lehre von den Rechten der menschlichen Person heraus. Die Verteidigung dieser Rechte schließt auch die Verteidigung der Familie und ihren Schutz gegen alle Eingriffe des Staates sowie die Verteidigung des Privateigentums ein, ohne daß sich der Gewerkschaftsbund jedoch auf konkrete Formen des privaten Eigentums festlegt, die je nach Ort und Zeit wechseln können. Dann gab Herr Serrarens einen Überblick über die augenblickliche Lage der christlichen Gewerkschaften, die sich in den westeuropäischen Ländern sehr günstig entwickelt haben, während in den Ländern des Ostens, in Polen, in der Tschechoslowakei, in Jugoslawien und in Ungarn die christlichen Gewerkschaften in einer von den Kommunisten geführten Einheitsgewerkschaft aufgegangen sind. Auch in Deutschland ist eine Einheitsgewerkschaft eingeführt worden, und zwar, wie Herr Serrarens meinte, weniger aus grundsätzlichen Erwägungen, sondern weil sie dort den Bedürfnissen der alliierten Militärregierung am meisten entgegenkäme.

Zu der Frage der Einheitsgewerkschaft führte Herr Serrarens dann noch folgendes aus: Einheit sei nur dann ein Ideal, wenn es sich um eine wirklich lebendige Einheit handle, die auf gemeinsamen, das ganze Leben und die ganze Arbeit durchwirkenden Grundsätzen beruhe. Sei eine derartige lebendige weltanschauliche Einheit nicht gegeben, so sei eine Vielheit von Gewerkschaften vorzuziehen, deren jede für sich dieses Ideal verwirkliche, und die sich zur Erreichung der objektiven Ziele der Arbeiterschaft zu einer organisierten Zusammenarbeit zusammenfinden müßten.

Dasselbe Thema der gewerkschaftlichen Freiheit und der Einheitsgewerkschaft behandelte dann der Generalsekretär des französischen christlichen Gewerkschaftsbundes, Mr. Gaston Tessier. Er ging davon aus, daß in dem befreiten Europa überall ein Wiederaufwachen freiheitlicher Bestrebungen und Ideologien festzustellen sei, deren Verwirklichung jedoch auf starke teils materielle, teils psychologische Hindernisse stoße. Der Totalitarismus und die Unterdrückungsmethoden der vergangenen Jahre wirkten noch immer nach, so daß weite Teile der Bevölkerung Europas schon wieder bereit

wären, sich um materieller Vorteile willen von neuem einer Knechtschaft zu unterwerfen, während andere sich der Methoden der Gewalt und der Diktatur noch immer nicht entwöhnt hätten. In einer solchen Atmosphäre stünde die Frage der gewerkschaftlichen Freiheit, von der das zukünftige Schicksal der Arbeiterklasse in weitem Umfange abhinge.

Als geeignete Definition der gewerkschaftlichen Freiheit nannte Mr. Tessier die Formel, die im Jahre 1940 von dem französischen Christlichen Gewerkschaftsbund und dem französischen Allgemeinen Gewerkschaftsbund veröffentlicht wurde: sie ist das Recht eines jeden Arbeiters, sich einer der Gewerkschaftsorganisationen nach freier Wahl anzuschließen, oder auch überhaupt auf die Zugehörigkeit zur Gewerkschaft zu verzichten.

Mr. Tessier kam dann zu dem Schluß, daß eine Gewerkschaftsvielheit besonders bei den Völkern, bei denen die weltanschaulichen Unterschiede sehr betont sind und leicht zu leidenschaftlichen Auseinandersetzungen führen, die einzige mit dem Grundsatz der Freiheit zu vereinbarende Form sei. Gewiß sei die Einheit das Ideal, nach dem man streben müsse, aber es sei eine lange und geduldige Arbeit notwendig, um sie zu verwirklichen, und sie müsse die Frucht der Übereinstimmung in den Grundfragen der Lehre über den Menschen und die gesellschaftliche Ordnung sein.

Mr. Tessier brachte dann eine EntschlieÙung über die gewerkschaftliche Freiheit ein, die einstimmig angenommen wurde. Diese EntschlieÙung verlangt vor allem die völkerrechtliche Anerkennung des Prinzips der gewerkschaftlichen Freiheit und die Wiederherstellung dieser Freiheit in den Ländern, wo sie jetzt unterdrückt ist.

In ihrer Schlußsitzung nahm die Konferenz noch einen Bericht der Kommission zum Studium der Wirtschaftsfragen über das Sozialprogramm und die Organisation des wirtschaftlichen Lebens an. In diesem Bericht wendet sich der Gewerkschaftsbund gegen die Ausbeutung der Arbeiter nicht nur durch den Privatkapitalismus, sondern auch durch die modernen Formen des Staatskapitalismus. Er verlangt das Recht der Arbeiter, sich einer Gewerkschaft ihrer eigenen Wahl anzuschließen. Er verwirft die Nationalisierung der Produktionsmittel als allgemeingültiges wirtschaftliches System und betont, daß sie nur in besonderen Fällen, nämlich dann, wenn die Privatinitiative eine Gefahr für die Unabhängigkeit des Staates bedeutet, zulässig ist, auf keinen Fall aber irgendeiner Form der Verstaatlichung als Deckmantel dienen dürfe. Weiter verlangt der Bericht die Durchführung des Achtstundentages, die Beschränkung der Sonntags- und der Nachtarbeit und der Arbeitsdauer bei gesundheitsschädlichen oder besonders anstrengenden Arbeiten, sowie die Einführung der Schulpflicht bis zum 16. Lebensjahr.

Der auf dem 22. Kongreß des *französischen Christlichen Gewerkschaftsbundes* neugewählte Präsident der französischen Christlichen Gewerkschaften, George Torcq, hat bei seiner Schlußansprache auf diesem Kongreß die

Ziele der französischen Christlichen Gewerkschaft in einigen kurzen und präzisen Sätzen formuliert.

Wir fordern, so sagt er, daß alle Arbeiter Mindestlöhne empfangen, die auf die normalen Bedürfnisse des Menschen, und zwar die materiellen, die geistigen und die Familienbedürfnisse, Rücksicht nehmen.

Wir wollen, daß die Arbeiterfamilie sich frei entfalten kann, daß jedes Kind, das zur Welt kommt, nicht eine Ursache von Not und Elend, sondern im Gegenteil eine Gewähr für Freude und Hoffnung ist. Wir wollen, daß die Arbeitermütter ihre Kinder bei sich zu Hause aufziehen können. Dazu ist es notwendig, daß die Familienzuschüsse zum Lohn so gestuft sind, daß die Familienmutter keinen materiellen Vorteil hat, wenn sie in die Fabrik zurückkehrt. Denn wir werden nicht müde werden, zu wiederholen, daß der Platz der Mutter nicht in der Werkstatt, sondern zu Hause ist.

Wir wollen die Beseitigung der ungesunden Wohnungen. Die Hinterhöfe unserer großen Städte sind eine soziale Wunde, ein Aussatz, den man beseitigen muß. Warum baut man nicht in die Nähe der großen öffentlichen Landstraßen eine große Zahl geräumiger Arbeiterhäuser, die von einem Garten umgeben sind? Auf diese Art und Weise würde man verwirklichen, was der Abbé Lemire für jeden Arbeiter gefordert hat: ein Stückchen Erde und ein Heim.

Wir wollen, daß die Arbeiterjugend von ihrem Eintritt in die Fabrik ab wirksam geschützt wird. Sie muß sich in entsprechenden Werkstätten entfalten können, die allen hygienischen Erfordernissen gerecht werden.

Wir wollen, daß die Lehrzeit so organisiert wird, daß unter Beihilfe des Staates, der Familie und der Berufsorganisation jeder junge Franzose verpflichtet ist, ein Handwerk zu lernen und es gründlich zu kennen.

Wir wollen, daß der Arbeiter wirklich ein Glied des Unternehmens wird, daß er darin sein Wort zu sagen hat, daß er sich darin zu Hause fühlt, wie es in einer Arbeitsgemeinschaft sein soll.

Wir wollen eine so geordnete Wirtschaft, daß ihre Produktion durch die Berufsorganisation und unter Mithilfe des Staates in den Dienst des gemeinen Wohls gestellt wird. Wir wollen, daß die durch die Berufstätigen selber auf der Grundlage gewerkschaftlicher Vertretungen eingerichteten Berufsorganisationen im Bereich des Wirtschaftlichen und Sozialen die Macht erhalten, Statuten aufzustellen, den Arbeiter zu repräsentieren und Recht zu sprechen.

Wir wollen gegen alle sozialen Geißeln kämpfen, die den Arbeiter entwürdigen: den Alkoholismus, die Ausschweifung, die unsittliche Presse und alle unsittlichen Schaustellungen und Darbietungen.

Wir wollen endlich eine Freizeit-Organisation, die die körperliche, geistige und sittliche Entwicklung der Arbeiter fördert.

Der 22. nationale Kongreß der *französischen Christlichen Arbeiterjugend* (J.O.C.), einer der größten und lebendigsten Bewegungen der französischen Katholischen Aktion, der vom 9. bis 10. Juni 1946 stattfand, hat verschiedene wichtige Entschlüsse angenommen, von

denen wir im folgenden einige auszugsweise wiedergeben wollen.

Davon ausgehend, daß die Arbeiterjugend mehr als jeder andere Volksteil die Lasten und Schwierigkeiten der anormalen Lebensbedingungen zu tragen hat, fordert der Kongreß die Regierung auf, die Arbeiterjugend sowohl in der Gesetzgebung wie im Bereich des Institutionellen besonders zu berücksichtigen. Sie verlangt, daß eine zwischenministerielle Dienststelle unter der direkten Verantwortlichkeit des Regierungschefs gebildet wird, die sich nur mit den Jugendfragen beschäftigt, und daß alle echten Arbeiterjugend-Bewegungen vom Staate anerkannt und beglaubigt werden. Sie verlangt weiter, daß ihre schon weithin anerkannte Forderung einer zusätzlichen vierten Urlaubswoche für alle jugendlichen Arbeiter zwischen 14 und 18 Jahren und einer zusätzlichen dritten Urlaubswoche für alle jugendlichen Arbeiter zwischen 18 und 20 Jahren auch gesetzlich festgelegt wird.

Eine weitere Forderung ist die Ausdehnung der Schulpflicht bis zum 17. Lebensjahr, die allen Klassen der Gesellschaft eine wirkliche Gleichheit der Ausbildung gewähren und den vorzeitigen Eintritt der Jugend in ein Arbeitsverhältnis verhindern würde. Diese Erweiterung der Schulpflicht müßte mit einer Unterrichtsreform verbunden werden, die sich vor allen Dingen auf die Einführung eines für alle Schüler aller Gesellschaftsschichten pflichtmäßigen Berufsschuljahres bezieht, in welchem eine Einführung in die Grundlagen der verschiedenen Handwerke erfolgt, damit sich die Schüler für das ihren Fähigkeiten und Neigungen am meisten Entsprechende entscheiden können. Auch eine Vergrößerung der Zahl der Berufsschulen und der Lehrlingsausbildungsstätten im Rahmen dieser Unterrichtsreform wird verlangt. Um sicherzustellen, daß in diesen Berufsschulen eine wirkliche Arbeiterbildung erteilt wird, wird gefordert, daß die fachlichen Ausbilder und Lehrer aus der arbeitenden Klasse selber herausgenommen werden.

In einer eigenen Entschlußung befaßt sich der nationale Kongreß der christlichen Arbeiterjugend mit der Frage: Jugend und Gewerkschaft. Die Gewerkschaften, so heißt es dort, haben das Recht und die Pflicht, die jungen Arbeiter in allen Bereichen ihres Berufslebens zu betreuen. Sie haben ebenso das Recht, mit allen ihnen nützlich dünkenden Mitteln die Ausbildung der jungen Arbeiter in rein fachlichen Dingen und in allen Gewerkschaftsfragen zu fördern. Um diese beiden Pflichten zu erfüllen, sollen sie Jugendkommissionen bilden, aber diese Jugendkommissionen dürfen auf keinen Fall sich mit der allgemeinen Bildung der Arbeiterjugend befassen und so etwa zur Bildung einer „Gewerkschaftsjugend“ führen. Die christliche Arbeiterjugend tritt eifrig dafür ein, daß in die Betriebsräte auch Vertreter der Jugend aufgenommen werden, die von allen Angestellten des betreffenden Betriebes zwischen 14 und 21 Jahren zu wählen sind, und die wiederum sich nicht als Vertreter einer Gewerkschaftsorganisation, sondern der Gesamtheit der jugendlichen Arbeiter fühlen sollen.

Über das Verhältnis der J.O.C. zur Politik sagt der Kongreß folgendes: Die J.O.C. bleibt außerhalb jeder Parteipolitik. Sie ist und bleibt eine Bewegung zum Schutze aller jungen Arbeiter. Der junge Arbeiter ist Staatsbürger. Als solcher muß er seine politische Verantwortung ausüben. Diese Verantwortung verlangt eine Erziehung, die vorzugsweise durch Übernahme von Verantwortung in beschränkten Gemeinschaften, in der Familie, in der Gemeinde, in der Arbeiterklasse geschehen soll, während die Teilnahme an den direkten politischen Verantwortungen Sache der Erwachsenen ist.

In einer weiteren EntschlieÙung wehrt sich die J.O.C. dagegen, daß die Jugend als Produktionsmittel und ihre Arbeit als Ware aufgefaßt wird, und beruft sich auf den Grundsatz, daß die Produktion für den Menschen und nicht der Mensch für die Produktion da sei. Die J.O.C. kämpft für die Errichtung einer Ordnung, in der die Produktion den berechtigten materiellen Bedürfnissen des Volkes dient und zur Entfaltung aller beiträgt. Als Weg zur notwendigen Vergrößerung der Produktion fordert die J.O.C. sorgfältige Berufsberatung und einen Ausbildungsgang, der eine zweckmäßige Berufsentscheidung möglich macht; eine pflichtmäßige Lehrzeit für alle, in welcher der junge Arbeiter nur langsam und allmählich an die Produktion herangeführt wird; eine rationelle Ausnutzung der Leistungsfähigkeit jedes Einzelnen, die die Bildung einer menschlichen und beruflichen Elite der Arbeiter erleichtert.

Wie die französische protestantische Wochenschrift *Réforme* vom 8. Juni berichtet, hat in Bièvres ein vier-tägiger Kongreß stattgefunden, der sich mit den Fragen der *Evangelisation der Juden* befaßte. „Israel ist“, so heißt es da, „das wesentliche Volk der menschlichen Geschichte. Mit seiner Verstoßung begann die Evangelisation der Welt, mit seiner Rückkehr wird das Ende der Zeiten kommen“. . . „Wie sollten sie (die Christen) nicht immer noch in diesem Volk, dem Ausschuß und dem Heil der Welt, so wie Christus es offenbart hat, den einzigen großen Beweis für die Wahrheit der Bibel erkennen, den die Geschichte uns jemals liefern kann, einen Beweis, der in dem übernatürlichen Haß Hitlers, in den Illusionen des Zionismus oder in der Verblendung des gleichmacherischen Liberalismus ebenso in unserer Zeit steht, wie für uns der ewige Christus?“ Heute gibt es eine regelrechte Judenmission; aber erst das 20. Jahrhundert hat diese geschaffen (wenn man von ein paar heftigen Einbrüchen in das mittelalterliche Ghetto absieht). In Bièvres waren etwa 30 Männer zusammen, die zum Teil dieser Mission angehören, zum Teil Juden waren. Die Aussprache stellte eine gemeinsame Lektüre der Kapitel 9—11 des Römerbriefes unter Leitung Wilhelm Vischers, des großen Spezialisten des christlichen Verständnisses des Alten Testaments, in den Mittelpunkt. Der berühmte Dichter des Judentums Edmond Fleg sprach gegen den Vorwurf des Buchstabenglaubens (Gesetzesglaubens) und der Sterilität,

den man seinem Volk macht, indem er auf die moralische und kosmische Schönheit der Thora hinwies, in der sich seit Christus die unglaublichen Energien des zerstreuten Volkes gesammelt haben.

M. Hamel, der Präsident der jüdischen Pfadfinder, berichtete über den gegenwärtigen Stand des Judentums in Europa: 1945 lebten noch 3 800 000 Juden von 9 500 000 im Jahre 1933, in Polen 80 000 von 3 350 000. Auf der ganzen Welt gibt es etwa 15 Millionen Juden, so daß Hitler rund ein Drittel des ganzen jüdischen Volkes vernichtet hat.

Jacques Madaule, der als Katholik an dem Kongreß teilnahm, warf die Frage auf, wie sich die Heimholung Israels wohl vollziehen werde: ob durch immer wachsende Einzelbekehrungen oder durch ein übernatürliches Geschehnis am Ende der Zeiten, dessen Stunde nur Gott kennt.

„Aber“, so fährt der Artikel fort, „brauchen wir von besonderen Methoden zu reden? Unsere Entdeckung ist gerade diese: ist dieses Volk, das keinem anderen gleicht, nicht das typische und ergreifende Bild eines jeden von uns? Wie wir konzentriert es seine sittlichen und mystischen Anstrengungen darauf, das Reich Gottes auf die Erde herabzuziehen; wie wir ist es der Versuchung eines fortschreitenden Liberalismus und einer Rechtgläubigkeit toter Praktiken ausgesetzt; wie wir orientiert es sich gleichzeitig auf Lebensformen der Zukunft hin (Jugendgemeinschaften usw.) und zurück auf die überlieferten Quellen des Glaubens (Thora, Talmud auf Hebräisch, tägliche liturgische Übungen usw.); wie wir ist es stolz und ratlos, mitten im Gedränge einsam, glühend und erschreckt.“

„Sicher muß das Evangelium den Juden im Anschluß an das Alte Testament verkündet werden, aber meistens kennen sie es nicht, besonders die französischen Juden, die sich schon lange von den Übungen ihrer Väter gelöst haben, oder sie sehen in ihm nur das große Buch der monotheistischen Moral. Gewiß kann man ohne die Offenbarung Jesu Christi nichts in ihrer Existenz verstehen und rechtfertigen; aber dieses Geheimnis kann nur durch die selbstloseste Liebe, nicht aber durch Logik, und sei es die der gesunden Theologie, enthüllt werden.“

„Wir können nicht gerettet werden ohne Israel“ — diesen Gedanken betont der Berichterstatter mehrere Male; denn er gibt der Judenmission ihr besonderes Gewicht.

Auf der ersten Zusammenkunft der *italienischen Christlichen Arbeiterjugend* sind die Probleme zur Sprache gekommen, vor denen sich die italienische Arbeiterjugend beim Wiederaufbau des Vaterlandes sieht. Sie bekennt sich zu den Aufgaben: gegen die Diktatur aller Egoismen zu kämpfen; die Würde der Arbeiter als Menschen und als Christen zu verteidigen; und die menschliche Persönlichkeit der Verproletarisierung zu entreißen und wieder in Ehren zu halten. Es wurde unter lebhaftester Zustimmung aller weiblichen und

männlichen Vertreter der arbeitenden Jugend eine Tagesparole angenommen, in der es heißt, daß die jungen Arbeiter und Arbeiterinnen der G.I.O.C. (Gioventù Italiana Operaia Cristiana) in Anbetracht dessen, daß die Arbeiter Italiens sich in einer Einheitsgewerkschaft zusammengeschlossen haben und ihre Interessen einheitlich von einer gemeinsamen Organisation vertreten und geschützt sind, und da es nicht möglich ist, diese Tatsache außer acht zu lassen, das Gelöbnis ablegen, daß alle jungen Arbeiter im Gewerkschaftsleben aktiv mitwirken und insbesondere in dieses hinein ein klares Bewußtsein von der christlichen Auffassung der Arbeit tragen wollen: sie fordern die Teilnahme von Vertretern der G.I.O.C. an den Konsultativkommissionen der Arbeitskammer, um die Gesichtspunkte aller jungen Richtungen bei der Gewerkschaft zur Kenntnis zu bringen. Es kamen dann noch eine Reihe praktischer Anliegen der Arbeit und der Ausbildung zur Sprache.

Auf dem 2. Kongreß der geistlichen Assistenten der *spanischen Gewerkschaften* forderte der Primas von Spanien die Teilnehmer auf, sich kräftig für bessere Verhältnisse für die Arbeiterschaft einzusetzen. Der Bischof von Madrid führte aus: „Niemals haben wir so gute Gelegenheit gehabt, an die arbeitende Welt heranzukommen. Wir dürfen uns nicht beruhigen, solange wir nicht die Wiederverchristlichung der Arbeitermassen erreicht haben.“ Der Kongreß forderte unter anderem eine Arbeitslosenversicherung und wirkungsvolle Maßnahmen für den Bau billiger Arbeiterhäuser.

Bei einer *Zusammenkunft katholischer Erzieher* in St. Louis im April dieses Jahres sind sehr offen die Schwierigkeiten zur Sprache gekommen, mit denen die Erzieher in den Vereinigten Staaten zu tun haben. Der Bischof von Cincinnati, der die Versammlung leitete, sagte unter anderem: „Wir haben aus dem jüngst vergangenen Kriege teure Lehren zu ziehen. Das Ergebnis der Prüfungen unserer Männer bei den Musterungen für den Kriegsdienst mußte uns die Augen über die großen Mängel unseres Erziehungssystems öffnen. Die verbreitete Kriminalität unserer Jugend ist zum großen Teil Schuld unserer Schulen. . . . Die Einberufung zu den Waffen hat bei unserer Jugend die außerordentlich hohe Zahl von Analphabeten enthüllt, an der teils der Mangel an Hilfsmitteln in gewissen Gegenden, teils die Unmöglichkeit, geeignete Lehrer zu finden, schuld ist. . . . Die Kriminalität unserer Jugend kann uns nicht überraschen, wenn wir bedenken, daß Gott aus unseren Schulen ausgeschlossen ist. Unsere Jugend hat ein Recht darauf, in den Wahrheiten über Gott unterrichtet zu werden. Die Eltern haben die Pflicht und das Recht, darauf zu bestehen, daß ihre Kinder einen solchen Unterricht erhalten. Es ist Pflicht des Staates, die Kirche darin zu unterstützen, daß die ursprünglichen unveräußerlichen Rechte der Familie bewahrt bleiben, welches auch ihre Religion sein mag. . . . Keine religiöse Gruppe in Amerika verlangt die Ein-

heit von Kirche und Staat. Die Katholiken wenigstens verlangen sie nicht. Leute mit gesunder Vernunft sind sich darüber einig, daß der Staat keine Religion zu unterhalten braucht. Aber dennoch ist es die Pflicht des Staates, gegen antireligiöse, antimoralische und gegen Gottlosen-Bewegungen vorzugehen. . . . Da das menschliche Leben einen geistigen Wert, eine unsterbliche Seele und eine ewige Bestimmung hat, muß die Erziehung sich auf die höchste Ebene begeben, nämlich auf die eines wahrhaft christlichen Systems. . . . Wenn alle unsere Schulen auf der Ehrfurcht vor dem Namen Gottes bestehen, so bedeutet das ja noch nicht Einheit von Kirche und Staat.“

Im April dieses Jahres hielt die *katholische Vereinigung für internationalen Frieden* in den Vereinigten Staaten, deren Vorsitzender der auch in Deutschland bekannte amerikanische Journalist Dr. George N. Shuster ist, ihren 18. Jahreskongreß. Dr. Shuster sprach in seiner Ansprache an den Kongreß über das soziale Programm der katholischen Kirche in Europa. Die beiden großen Weltkriege, so sagte er, würden eines Tages in den Geschichtsbüchern als die Kriege des Materialismus bezeichnet werden, weil sie aus dem ruhelosen, oft vollkommen irrationalen Streben des modernen Menschen nach dem Besitz der Rohstoffe und Produktionsmittel hervorgegangen seien, von denen man glaubte, daß sie einen höheren Lebensstandard sichern könnten. Aber der Materialismus hat nur den Totalitarismus hervorgebracht. Die katholischen sozialen Bemühungen auf dem Kontinent seien ein Versuch, den grundlegenden Kampf mit dem Liberalismus und Marxismus um die Seele des Volkes auszufechten. Die katholische soziale Aktion könne deswegen nicht nur als ein Programm für eine neue Form der Gesellschaft und für eine Neuorganisation der Industrie angesehen werden, sondern es ging ihr vor allem um die Treue gegenüber dem Geiste des Evangeliums. Der Kongreß behandelte in seinen Arbeitsgemeinschaften aktuelle Fragen der augenblicklichen Politik, wie z. B. die Kontrolle der Atomenergie, die Frage der Großmachtpolitik, die Mandate, Protektorate und die Friedensverträge.

Auf dem 31. Kongreß der *Vereinigung der katholischen Krankenhäusern* der Vereinigten Staaten machte der Vorsitzende der Vereinigung, Pater Alfons M. Schwitalla S. J., Ausführungen über das Gesetz zum Schutze der nationalen Gesundheit, das dem Kongreß der Vereinigten Staaten augenblicklich vorliegt. Er wandte sich in seinen Ausführungen gegen die Tendenz der Verstaatlichung der Krankenversicherungen. „Die Krankenversicherung“, so sagte er, „ist eine Verpflichtung für jeden Bürger, der überhaupt finanziell oder sonstwie in der Lage ist, sich und seine Angehörigen gegen Krankheiten zu schützen. Die Art und Weise dieses Schutzes soll jedoch der eigenen Wahl und dem eigenen Entschluß jedes Bürgers überlassen werden, d. h. die Krankenversicherung sollte zwar an sich ver-

pflichtend, aber die Art der Krankenversicherung sollte freigestellt werden. Jede Pflichtversicherung, die so weit geht, auch die Methode vorzuschreiben, durch die der Lohnempfänger sich schützt, also z. B. durch die Einführung einer staatlichen Steuer durch Abzug vom Lohn, wird von uns als eine verfehlte Maßnahme angesehen.“

Meldungen aus der katholischen Welt

Aus West- und Südeuropa

Der Erzbischof von Mailand, *Kardinal Schuster*, hat auf die Bitte des Präfekten von Mailand seinen Klerus aufgefordert, mit der Getreideverteilungskommission zusammenzuarbeiten, da *die schwierige Versorgungslage* Italiens nur durch die äußerste Disziplin aller Erzeuger und Verbraucher gemeistert werden könne. Kardinal Schuster erinnert in seinem Aufruf an das Wort der Schrift, das den Fluch des Himmels auf die Volkaussauger und die Volkaushungerer herabzieht und erklärt, daß jeder, der sich auf unrechte Weise für die Allgemeinheit bestimmtes Getreide aneignet, ein solcher Volkaussauger und Volkaushungerer sei. Er forderte die Geistlichen auf, solchen Menschen die Sakramente zu verweigern, und weist auf das Vorbild des hl. Ambrosius, des Patrons von Mailand, hin, der einmal den Leichnam eines verhungerten Armen in das Haus eines Ausbeuters hat bringen lassen. Die Seelsorger werden verpflichtet, ihre Gläubigen von der Kanzel auf ihre Gewissenspflicht hinzuweisen, kein Getreide zu hamstern.

Der Nationalrat der Christlich-demokratischen Partei Italiens gibt bekannt, daß er *keine Spaltung der italienischen Einheitsgewerkschaft* durch den Abzug der Angehörigen der Christlich-demokratischen Partei beabsichtigt. Die Schwierigkeiten, die mit den Sozialisten und Kommunisten bestünden, seien darauf zurückzuführen, daß die Christlich-demokratische Partei sehr wenig in Gewerkschaftsfragen geschulte Leute besitze und sich infolgedessen gegenüber den routinierten sozialistischen und kommunistischen Gewerkschaftsführern nur schwer durchsetzen könne.

Der Erzbischof von Mailand, Kardinal Schuster, richtete einen *Aufruf an die Öffentlichkeit Oberitaliens*, in der er seine Besorgnis über die allgemeine und täglich wachsende Mißstimmung in Italien zum Ausdruck bringt, welche sich in Umzügen, Streiks, ja sogar in Gewaltakten gegen die gesetzmäßigen Gewalten äußert. Es sei notwendig, daß die Regierung rasch, gerecht und stark die wirtschaftlichen Probleme löse, welche den heutigen Schwierigkeiten zugrunde liegen, gleichzeitig aber auch dem Drängen der unerfahrenen Massen Widerstand leiste. Man müsse das Spiel jener Kräfte durchkreuzen, welche Interesse am Ausbruch einer all-

gemeinen Revolution hätten, um die heutige Ordnung umstürzen und eine Diktatur einrichten zu können. Sein Aufruf an die Regierung entspringe nicht dem Streben, politischen Einfluß zu gewinnen, sondern es entspreche der bischöflichen Mission und seiner religiösen Pflichtauffassung, um das Staatswohl Sorge zu tragen. An die italienischen Katholiken richtet der Kardinal den Aufruf, sich in dieser so bedrohlichen Zeit mit doppeltem Eifer an Gott zu wenden, denn er allein könne die Nation wieder herstellen. Er verordnete, daß in allen Pfarreien Gebetstage für die Rettung Italiens und die Bewahrung der Ordnung abgehalten werden. Die Pfarrer werden aufgefordert, sich der Hilfswerke für die Kriegsgeschädigten mit allen Kräften anzunehmen und gleichzeitig in ihren Predigten das Volk zu belehren, daß nach der Lehre der Geschichte Revolutionen die politischen Fragen nicht lösen könnten, sondern nur die letzten noch bestehenden Hoffnungen auf Rettung vernichteten.

In Chelles wurde am 30. Mai die vierte Priorei des *Institutes vom Gekreuzigten Jesus* eröffnet, einer im Jahre 1930 entstandenen und im Jahre 1938 kanonisch errichteten weiblichen religiösen Genossenschaft, die ihre Mitglieder aus Kranken und Gebrechlichen rekrutiert, die in der Genossenschaft mit der Absicht zusammenleben, „Gott durch die freudige Annahme ihrer Leiden zu verherrlichen“. Ihr Mutterhaus, das im Jahre 1933 gegründet wurde, befindet sich in Brou, in der Banneile von Paris, wo sie unter den Kindern und Kranken dieser reinen Arbeiterstadt ein bedeutsames Apostolat ausüben.

In Belgien wurde im Jahre 1925 als Abteilung der Katholischen Aktion die *„Jeunesse Ouvrière Catholique“* gegründet, die gewöhnlich mit ihren Anfangsbuchstaben J.O.C. benannt wird und unter diesem Namen eine der wichtigsten Organisationen der Katholischen Aktion in einer ganzen Anzahl von Ländern geworden ist. In Belgien und in der ganzen Welt ist die J.O.C. heute die mächtigste und repräsentativste Arbeiterjugendvereinigung, die es gibt. Sie ist seit ihrer Gründung eine Bewegung, deren Ziel und Ideal es ist, die Masse zu erreichen und in ihr zu wirken, die große Masse, die den Einflüssen des modernen Heidentums am weitesten offensteht, dem Christentum zurückzugewinnen. Ihre Mitglieder haben die Aufgabe, Apostel der Arbeiter zu sein, in deren Mitte sie leben. Die belgische J.O.C. hat heute 100 000 eingeschriebene Mitglieder. Bei der Feier ihres 20jährigen Bestehens im vergangenen Jahr sind 12 000 ihrer Führer in Brüssel zu einer äußerst eindrucksvollen Versammlung zusammengekommen. Während des Krieges haben die jungen Arbeiter der J.O.C. unter Einsatz ihres Lebens heimlich unter den Deportierten in Deutschland gewirkt; heute nehmen sie teil an der Sorge für die Heimkehrer und für alle, die an den Folgen des Krieges am schwersten leiden.